

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)
Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP
- Drucksache 7/5264 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
	Forensische Klinik gGmbH
Geschäfts- oder Dienstadresse	ÖHK Ökumenisches Härmde Klinik
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pfaffersode 102
Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Chefärztin der Forensischen Klinik (psychiatr. + med. Versorgung der Pat., fachlich. Risikoeinschätzung)</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG) <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p>Die Umsetzung der Forderungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicher machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.</p> <p>Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen der Untergebrachten, bedürfen in den Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, doch auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.</p> <p>Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf nicht unbedingt einer ärztlichen Qualifikation, aber einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug.</p> <p>Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzliche Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um erhöhten Personalbedarf abzudecken.</p> </div>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? <div style="border: 1px solid black; height: 80px; margin-top: 10px;"></div> In welcher Form haben Sie sich geäußert? <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! <div style="border: 1px solid black; height: 50px; margin-top: 10px;"></div>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Lühlhausen, 29.08.2022	